



Marlene Mortler

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AG ELF) der CSU

Pressemitteilung

Pressekontakt:

Daniela Seifart
Tel.: +49 9123 999 00 51

seifart@marlenemortler.eu

Marlene Mortler MdEP
EUROPÄISCHES PARLAMENT
BRU – ASP 14 E 116
Rue Wiertz 60| B-1047 Brüssel
Tel.: +32 2 28 473 12

marlene.mortler@europarl.europa.eu

Bürgerbüro LAUF

Briver Allee 1
91207 Lauf a.d.Pegnitz
Tel.: +49 9123 999 00 51

Bürgerbüro ROTH

Kugelbühlstraße 9
91154 Roth
Tel. +49 9171 1377
Fax. +49 9171 87 003

mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Düngemittelpreise – „Landwirte unter Arme greifen!“

Brüssel. 22. April 2022: In der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) im Europäischen Parlament diskutierten die Mitglieder mit Vertretern der europäischen Kommission unter anderem zu den Auswirkungen des Ukrainekrieges auf Düngemittel. „Die Preise für Düngemittel galoppieren davon. Bereits vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine waren diese auf einem hohen Niveau. Nun sind sie abermals um 40 Prozent gestiegen. Das ist eine enorme Belastung für unsere Landwirtinnen und Landwirte“, weiß Marlene Mortler, CSU-Agrarpolitikerin und Ausschussmitglied. „Wir brauchen deshalb kurz- und langfristige Lösungen!“

„Wer jetzt den Abbau der Tierbestände fordert, muss wissen, dass damit auch der tierische und natürliche Dünger weniger wird. Kali, aber vor allem Stickstoff und Phosphat müssen verfügbar sein, damit Pflanzen bedarfsgerecht ernährt werden können. Die Frage der Versorgungssicherheit beim Dünger hängt direkt mit der Ernährungssicherheit zusammen. Außerdem ist die Forschung und Entwicklung in Pflanzensorten, die mit weniger Dünger auskommen, zu fördern. Kurzfristig müssen wir auch hier unseren Bäuerinnen und Bauern unter die Arme greifen. Landwirtschaft muss sich gerade jetzt rechnen!“

Der Kommissionsvertreter verwies in diesem Zusammenhang unter anderem auf die 500 Millionen Euro aus dem Krisenfond sowie die staatlichen Beihilfen, die die Landwirte in der derzeitigen Lage unterstützen sollen.

„Die Mitgliedstaaten, und damit Bundesminister Özdemir, müssen die Hilfen aus Europa und vom Bund zügig an unsere Bäuerinnen und Bauern weitergeben“, fordert Mortler.